

Trier, den 25. Februar 2021

Trier / Region.

Polizeiliche Kriminalstatistik 2020 des Polizeipräsidiums Trier – Polizeipräsident Berg zeigt sich zufrieden

Die guten Nachrichten schickt Polizeipräsident Rudolf Berg vorweg: „Die Polizei im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums (PP) Trier registrierte im Jahr 2020 einen deutlichen Rückgang der Gesamtkriminalität gegenüber dem Vorjahr 2019. Auch die Aufklärungsquote konnten die Ermittler auf einen bisherigen 10-Jahres-Höchststand verbessern - und dies lag auch, aber nicht alleine an der Corona-Pandemie“.

Negativ hingegen ist die Entwicklung der Straftaten der sogenannten Cyber-Kriminalität und bei der Kinderpornografie. Auch die Betäubungsmittelkriminalität bewegt sich auf dem hohen Niveau des Vorjahres.

Mit einer Gesamtzahl vom 33.070 Straftaten, weist die Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2020 des PP Trier 2.014 Delikte weniger aus als im Vorjahr. Dies entspricht einem Rückgang um 5,74 Prozentpunkte.

Eine Besonderheit im PP Trier besteht jedoch seit Jahren. Die polizeilichen Ermittlungsgruppen in den Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende im hiesigen Zuständigkeitsbereich registrieren unter dem festgelegten PKS-Erfassungsschlüssel 7250 reine Formalverstöße gegen das Aufenthalts-, Asyl- und EU-Freizügigkeitsgesetz. Dies waren in 2020 in der Summe 2.182 Taten.

Da diese Formalverstöße ausschließlich von Asylbegehrenden im Zusammenhang mit ihren Grenzübertritt bei der Einreise nach Deutschland begangen werden können, beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen auf die um diesen Aspekt bereinigten Daten.

Dementsprechend beträgt die bereinigte Gesamtzahl der Straftaten nach PKS 2020 im PP Trier 30.888 gegenüber 32.397 in 2019. Dieser Rückgang entspricht 1.509 Fällen oder 4,66 Prozent.

„Von diesen Straftaten“, so der Polizeipräsident weiter, „klärten die Ermittler 21.110 auf und schafften so eine bisher unerreichte Aufklärungsquote von 68,3 Prozent, die erneut über dem Landesdurchschnitt liegt“.

Damit ist die Wahrscheinlichkeit, in der Region Trier Opfer einer Straftat zu werden, ausgedrückt durch die sogenannte Häufigkeitszahl (Anzahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner), bei einem sehr guten Wert von 4.909. Gegenüber 2019 sank dieser um 258 Punkte und liegt damit deutlich unter dem Landeswert von 5.517.

Zu den 30.888 Fällen ermittelte die Polizei 14.652 Tatverdächtige (minus 862), von denen 76,2 Prozent männlich waren. Mit einem Anteil von 22,8 Prozent an den Gesamttatverdächtigen sind die unter 21-jährigen „Jungtatverdächtigen“ leicht überproportional zu ihrem Bevölkerungsanteil auffällig, der bei 19,1 Prozent liegt.

Im Verhältnis zu ihrem 11,4-prozentigen Bevölkerungsanteil werden hingegen Nichtdeutsche stark überproportional straffällig. Ihr Tatverdächtigenanteil liegt mit 3.980 bei 27,16 Prozent. Beim Gros dieser Tatverdächtigen handelt es sich um 2.681 Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die sich als Einwohner, Arbeitnehmer oder Touristen berechtigt oder als reisende Straftäter temporär zur gezielten Begehung von Straftaten in Deutschland aufgehalten haben. Bei 1.299 der Tatverdächtigen handelte es sich um Zuwandernde.

Bei Betrachtung ausgewählter Deliktsbereiche ist festzustellen, dass sich 14 Taten gegen das Leben von Menschen richteten. Das ist eine Tat mehr als im Vorjahr.

Die Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung stieg um 83 auf 649 Fälle an. Bei der Analyse dieser Felder ist auffallend, dass es mit 198 Fällen ein Plus von 14 beim sexuellen Missbrauch gab, wobei jedoch der sexuelle Missbrauch von Kindern um 27 (= 20,5 Prozent) auf 105 Fälle zurückging.

Besonders groß ist die Zunahme der Fälle von Verbreitung pornografischer Schriften um 79 auf insgesamt 248 Taten. Diese resultieren insbesondere aus dem Anstieg des Deliktsfeldes „Verbreitung, Erwerb, Besitz und Herstellung kinderpornografischer Schriften“ gem. § 184 b Strafgesetzbuch.

Die vermehrte Nutzung von Messenger-Diensten und sozialen Medien, wie z. B. WhatsApp, Instagram, Snapchat oder Tik Tok, spielt dabei eine bedeutende Rolle. Der Anteil von tatverdächtigen Kindern und Jugendlichen ist hierbei von 46 auf 70 deutlich gestiegen. Kinder und Jugendliche verfügen vermehrt und von jungen Jahren an über IT-Geräte, insbesondere über leistungsfähige Smartphones. Oftmals erfolgt keine Kontrolle durch die Eltern und eine Aufklärung zur sachgerechten und legalen Nutzung des Internets unterbleibt. Zudem ergeben sich eine Vielzahl von Folgeverfahren, die gegen die Empfänger von solchen Nachrichten geführt werden.

Die Steigerung der Fallzahlen beruht im Wesentlichen auf einer Zunahme von sogenannten NCMEC-Mitteilungen (NCMEC: National Centre for Missing and Exploited Children). Hierbei handelt es sich um eine US-amerikanische Organisation, die Fälle von Kinderpornografie an das Bundeskriminalamt meldet, wenn ein deutscher Nutzer kinderpornografische Schriften zu US-Internetdiensten hoch lädt, deren Besitz nach § 184 b StGB strafbar ist.

Dieser Aspekt internationaler Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Internetstraftaten und insbesondere der Kinderpornografie, auch mit NGOs, ist sehr zu begrüßen. Für das Jahr 2021 wird eine weitere Steigerung derartiger Mitteilungen prognostiziert.

Die Gesamtzahl aller Körperverletzungen sinkt um 269 Fälle auf ein Fünfjahrestief von 3.900 Taten (minus 6,5 Prozent). Da diese Delikte häufig mit dem Konsum von Alkohol einhergehen, könnte ein Zusammenhang mit den fehlenden Gelegenheiten aufgrund der Schließung gastronomischer Betriebe sowie der Absage von Festen und Feiern im Zusammenhang mit den Pandemiebeschränkungen bestehen.

Diese Aspekte könnten auch den Rückgang der Sachbeschädigungen von 3.951 um 381 auf 3.570 Fälle begünstigt haben.

Ebenso dürfte es sich mit den Ladendiebstählen verhalten, die um 13,6 Prozent auf 1411 zurückgingen. Veränderte Tatgelegenheitsstrukturen aufgrund geschlossener Geschäfte während der Lock Downs sollten diese Entwicklung begünstigt haben. Die Summe der Diebstähle unter erschwerten Umständen stieg, nach einem Rückgang in den zurückliegenden Jahren, um 170 Fälle (7,9 Prozent) an. Sie liegt bei 2331 Fällen allerdings deutlich unterhalb des Mittelwerts der letzten fünf Jahre.

Erfreulich hingegen ist der wiederholte Rückgang bei den Wohnungseinbruchsdiebstählen um weitere 62 auf ein Fünfjahrestief von 382 Fällen. Besonders erwähnenswert ist der Anteil der Taten, die im Versuchsstadium endeten. Bei 201 Versuchen, das sind 52,6 Prozent, scheiterten die Einbrecher frühzeitig.

Die seit Jahren verfolgte strategische Bekämpfung dieses Deliktsphänomens mit der Einrichtung eines spezialisierten Fachkommissariats, der Vernetzung nationaler und internationaler Ermittlungsbehörden, einhergehend mit gezieltem und erhöhtem Verfolgungsdruck, trägt hier weiter Früchte.

Zusätzlich zu präventiver Auf-/Nachrüstung von Häusern und Wohnungen sowie der Reduzierung einbruchsbegünstigender Verhaltensweisen u. a. aufgrund polizeilicher Beratungstätigkeit, könnten auch hier die Lock Downs Wirkung entfaltet haben. Die Umstände, dass sich viele Menschen vermehrt zuhause aufhielten und überörtlich agierende Tätergruppen in ihrer Mobilität eingeschränkt waren, dürften die Tatgelegenheiten zusätzlich verringert haben.

Einen Anstieg verbuchte das PP Trier auch bei Sprengungen von Geldausgabeautomaten, einem bundesweiten Phänomen mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen. Von den 35 Straftaten in Rheinland-Pfalz ereigneten sich neun (plus sieben) im Zuständigkeitsbereich des PP Trier. Die zentrale Sachbearbeitung dieser Straftaten erfolgt durch das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz.

Eine Herausforderung für die Polizei dürfte in den kommenden Jahren das Thema Cybercrime werden. Neben Straftaten, die sich gegen das Internet, Datennetze, informationstechnische Systeme oder deren Daten richten, umfasst Cybercrime auch Straftaten, die mittels dieser Informationstechnik begangen werden. Hier kristallisiert sich das Internet als Tatmittel besonders heraus.

Bei den hierunter erfassten 2.313 Straftaten (plus 141) dominierte das Internet in 2.173 Fällen (plus 107) als Tatmittel – Tendenz steigend! Das Medium wird bevorzugt zur Begehung von Vermögens- und Fälschungsdelikten, zur Verbreitung pornografischer Schriften sowie von Beleidigungen und Bedrohungen verwandt.

Mit 3.544 Fällen von Betäubungsmittelkriminalität (minus 21) blieb das Niveau des Vorjahres nahezu erhalten, in dem der Höchststand seit 2014 bei 3.565 Taten erreicht wurde. Der hohe polizeiliche Ermittlungsansatz in diesem Feld der sogenannten „Kontrollkriminalität“, sowohl durch gezielte kriminalpolizeiliche Ermittlungen als auch durch verstärkte schutzpolizeiliche Kontrollen im Straßenverkehr und daraus resultierende Folgeverfahren, führten zu diesem Ergebnis.

Einen regelrechten Boom erlebte die Onlinewache der Polizei, die den Menschen landesweit als internetbasierte Serviceleistung seit 2018 zur Verfügung steht. Geschädigte nutzten dieses Portal zur Erstattung von Strafanzeigen und für Hinweise landesweit in 38.395 Fällen, von denen 5.923 Fälle in die Zuständigkeit des PP Trier fielen. Dies entspricht einer Steigerung um 3674 Fälle oder 163,4 Prozent. Offenbar fruchtete der polizeiliche Appell an die Bürgerinnen und Bürger, diesen Service auch zur Reduzierung von Kontakten während der Pandemie in Anspruch zu nehmen.

Die angezeigten Fälle von Gewalt in engen sozialen Beziehungen (GesB) stiegen in 2020 gegenüber dem Vorjahr um 39 (plus 3,6 Prozent) auf 1.136 Taten an. Damit bleibt der seit 2017 kontinuierlich leicht ansteigende Trend bestehen, liegt jedoch unterhalb des Höchststands von 1.257 Fällen in 2016. In der Region Trier ist die Befürchtung, die Pandemie könnte ein extremer GesB-Treiber sein, statistisch nicht belegbar.

Die politisch motivierte Kriminalität (PMK) wird nach wie vor stark dominiert von rechtsgerichteten Taten, auch wenn die Gesamtzahl in 2020 von 122 auf 111 Fälle zurückging. Hier dominierten 69 sogenannte Propagandadelikte durch die „Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“.

Von vier auf zwölf Fällen stieg linksgerichtete PMK mit unterschiedlichen Straftaten.

Eine Zunahme von 36 auf 49 Fälle verzeichnet das PP Trier im Bereich der „sonstigen PMK“. Diese dürfte der 2020 neu hinzugekommenen Corona-Leugner-/Querdenker-Bewegung zuzuordnen sein, deren Anhänger insbesondere durch Verstöße gegen das Versammlungsgesetz aber auch durch Propaganda-Delikte mit entsprechenden Posts in sozialen Netzwerken in Erscheinung getreten sind.

Besonders belastend für lebensältere (potenzielle) Opfer ist der sogenannte Call-Center-Betrug (CCB). Unter dem Phänomen „Falsche Polizeibeamte“, „Enkeltrick“, und „Gewinnversprechen“ versuchen überwiegend aus dem Ausland agierende Täter vermehrt, an das Geld gutgläubiger Menschen zu gelangen. Ein entscheidender Bekämpfungsansatz liegt hier in der Prävention durch Aufklärung. Neben der Nutzung aller klassischen und sozialen Medien entwickelte das PP Trier zwei gezielte Kampagnen, um potenzielle Opfer, deren Familien sowie ihr soziales Umfeld zu erreichen.

Die polizeiliche Puppenbühne schaffte unter dem Titel „Liebe Oma, lieber Opa – lasst euch nicht reinlegen“ ein zwischenzeitlich landesweit gespieltes Theaterstück, um Familienangehörige in Kindergärten und Grundschulen als Multiplikatoren zu gewinnen.

Mit der besonderen Unterstützung des Trierer Originals, Theaterkünstlers und Mundartsängers Helmut Leiendecker drehte die Pressestelle drei Präventionsvideos mit dem Slogan „Lasst euch nit betuppen“ zu den o. g. Betrugsphänomenen und spielte diese erfolgreich in den polizeilichen Social-Media-Kanälen aus.

„Insgesamt“, so stellt Polizeipräsident Berg fest, „sind diese Zahlen ein positiver Ausdruck für das Verhältnis Bürger und Polizei. Nur wenn gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Wertschätzung vorhanden sind, kann der gemeinsame Kampf gegen die Kriminalität erfolgreich sein!“

Dieser Pressemitteilung ist eine Kurzauswertung der PKS 2020 des PP Trier beigefügt. Die ausführlichen Daten finden Sie auf unserer Homepage unter dem Link: <https://s.rlp.de/SU1>

Für Rückfragen stehen wir Ihnen unter der Telefonnummer 0651/9779-1020 zur Verfügung.